

Tagesordnung I Punkt 19 der öffentlichen Sitzung am 15. November 2007

Antrags-Nr. 07-F-06-0045

Einrichtung eines Schulmittelfonds

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 07.11.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1) Die Stadt Wiesbaden richtet nach dem Vorbild anderer Städte, Gemeinden und Landkreise einen Schulmittelfonds ein, aus dem Schüler/innen aus Bedarfsgemeinschaften (ALG II, Grundsicherung, Niedriglohn) finanzielle Mittel für die Anschaffung von Lernmitteln zur Verfügung gestellt werden, die von der Lernmittelfreiheit in Hessen nicht abgedeckt sind (etwa: Taschenrechner, Zeichenblocks, Turnschuhe, Wachsmalkreiden, Musikinstrumente, Grammatikbücher usw. usf.)
- 2) Der Magistrat wirkt im Gespräch mit den Schulleitungen darauf hin, dass für zusätzliche Anschaffungen in den Schulen eine Obergrenze festgelegt wird, die pro Schüler/in und pro Schuljahr nicht überschritten werden darf. Diese Obergrenze soll bei 250 € pro Schüler/in und Jahr liegen.
- 3) Schüler/innen aus bedürftigen Familien erhalten die zusätzlichen Lernmittel bis zu dieser Grenze aus dem einzurichtenden Schulmittelfonds erstattet.

Beschluss Nr. 0554

Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 07.11..2007 betr.

Einrichtung eines Schulmittelfonds

wird zur Beratung in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13.12.2007 vorgesehen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2007

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .11.2007

Dezernat VIII
Dezernat I/20
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister